

Plenar.26.03.2007. Klima.Themendebatte

Sehr geehrter Herr Präsident,
Werte Mitglieder des Parlamentes und der Regierung,

Inzwischen ist Klimaschutz zu einem Thema für alle Parteien geworden, und angesichts der Geschwindigkeit mit der sich dieses “Wunder an Aufmerksamkeit“ für das Klima vollzogen hat, könnte man versucht sein, jetzt an einen ökologischen Selbstläufer für das Klima zu glauben.

Ich werde Ihnen darlegen, dass wohl Nichts verkehrter wäre als das. Dazu berufe ich mich zum einen auf die Ausführungen im Rundbrief des Solarenergie-Fördervereins Deutschlands vom 16. März 2007 , zum anderen auf eine Veröffentlichung der Umweltorganisation „Inter-Environnement Wallonie“, Fédération des associations d’environnement, vom 13. März 2007, “Sortie du nucléaire – Une chance à saisir!“, welche unter www.iewonline.be nachgelesen werden kann. Diese Lektüre sollte ein Muss für jeden politischen Verantwortungsträger und auch für jeden Publizisten im Energiebereich sein.

Inzwischen ist die Botschaft in der breiten Öffentlichkeit angekommen: Der Klimawandel ist bereits im Gange und jeder weitere CO₂-Ausstoß bringt unsere gesamte Zivilisation dem Abgrund immer ein Stück näher. Viele junge Menschen haben heute regelrechte und berechtigte Angst vor den Folgen der Klimaerwärmung.

Trotz drohender Klimakatastrophen bleibt aber den Managern in der Energiewirtschaft die weitere Steigerung der Unternehmensgewinne mit Hilfe der bisher erprobten

konventionellen Energietechniken, nach wie vor, die wichtigste Sache der Welt.

Wahrscheinlich rechnen Menschen die Millionen verdienen nicht damit, dass auch sie und ihre Angehörigen irgendwann einmal selbst betroffen sein könnten.

Um also die Milliarden wie bisher weiter und ungestört kassieren zu können, müssen sie die Öffentlichkeit und die politisch Verantwortlichen daran hindern, eine grundsätzliche Wende in der Energiepolitik einzuleiten. Das ist nicht so einfach, denn die Öffentlichkeit soll trotzdem glauben, dass die Politik nunmehr alles in ihren Kräften Stehende tut, um die Klimakatastrophe zu vermeiden.

Genau dieser Eindruck, dass nun endlich die Politik alles tut, was nötig ist, wird in diesen Tagen mit ungeheurem Medienaufwand erzeugt. Hunderte Beiträge erscheinen, in denen dargelegt wird, dass die Welt noch zu retten sei, wenn man mehr erneuerbare Energien und weniger fossile Energien nutzen würde. Wenn sogar die deutsche Bundeskanzlerin 20 Prozent EE fordert, dann glauben viele Umweltschützer, sie könnten sich beruhigt zurücklehnen.

Hier hilft aber schon eine ganz einfache Kopfrechnung weiter: 20 Prozent Erneuerbare bedeuten **80 Prozent Nichterneuerbare Energien!** Das wiederum bedeutet weitere Nutzung fossiler und/oder der Atomenergie auf unbestimmte Zeit. Dazu sind ganz logischerweise weitere Forschungsanstrengungen und Staatsgelder notwendig, die dann den EE fehlen. Die konventionelle, atomar-fossile Energielobby weiß das und ist zufrieden gestellt, und die Umweltschützer durchschauen das böse Spiel nicht.

Die Kritik richtet sich nicht gegen die jetzt genannten Prozentsätze, sondern gegen die Tatsache, dass das Ziel nicht genannt wird, nämlich die Energieversorgung vollständig und so rasch wie möglich auf EE umzustellen. Sogar Umweltschützern fällt es schwer, sich die vollkommene Energiewende – also 100 Prozent EE – überhaupt vorzustellen, und so fehlt der Umweltbewegung eine überzeugende Strategie. Atomenergie wird von ihr abgelehnt. Fossile Energien hat sie nun auch als gefährlich erkannt und den EE traut sie das Potential für eine vollständige Energieversorgung nicht zu. So verliert die Umweltbewegung die Meinungsführerschaft und jede Kompetenz. “20 Prozent EE bis zum Jahre 2020 und sonst nichts“, ist eine lächerliche Forderung. Stellen Sie Sich ein Reiseunternehmen vor, das in seinen Prospekten nicht das Reiseziel, sondern nur die erste Zwischenstation, z.B. Hauptbahnhof München, nennt: Dieses Reiseunternehmen würde sehr schnell alle Kunden verlieren. In Deutschland, in Belgien natürlich genauso, hat die Umweltbewegung die technischen Möglichkeiten der EE noch nie und noch immer nicht wirklich verinnerlicht. Dabei liegen die Ergebnisse mehrerer Studien vor, welche zweifelsfrei belegen, dass ein vollkommener Ersatz der konventionellen Energiequellen möglich ist. Aus der Unkenntnis darüber bleiben also die Umweltschützer in den Industrieländern verhaftet mit der Überlegung, ob vielleicht doch auch weiterhin alle Möglichkeiten offen gehalten werden müssen: Atomenergie sicherer machen, Fusionsenergie weiter entwickeln, CO₂-Abscheidung und CO₂-Endlagerung testen und verbessern und im Übrigen auf ein Wunder warten. Nicholas Tesla und die freie Energie lassen grüßen.

Hier stellt jetzt die Umweltorganisation „Inter-Environnement Wallonie“, Fédération des associations d’environnement, eine

erfreuliche Ausnahme dar. Sie erkennt zu Recht, dass jeder Euro der in die Kernenergie investiert wird, nicht für alternative Energien aufgewendet werden kann und sie zeigt auf, dass die Kernkraft heute mehr denn je ein Hindernis auf dem Weg zur einzigen nachhaltigen Strategie mit 1. effizienter Energiepolitik, 2. EE und 3. dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung ist. Sehr zu Recht wird ebenfalls festgestellt, dass Atomenergie und Energieeinsparung sowie Atomenergie und EE strukturell nicht zu vereinbaren sind. Während die konventionellen Energiequellen eine zentralisierte Versorgung erfordern und sich leicht monopolisieren lassen, brauchen die EE eine dezentralisierte Versorgungsstruktur und sie lassen sich nicht monopolisieren: Der Wind weht überall, die Sonne scheint in jeden Winkel und Biomasse wächst auf jedem Feld dieser Erde.

Mit großer Freude hatte ich vor einigen Wochen die zutreffende Aussage des sozialistischen Regionalabgeordneten Edmund Stoffels registriert: „ Atomenergie, so sagte er, sei nicht die Lösung, sondern ein Teil des Problems.“
Deshalb erstaunte und beunruhigte auch Ihre Antwort, Herr Ministerpräsident, auf die Frage nach der Wahl des Stromlieferanten für die Versorgung der Gebäude der DG, immerhin ein Volumen von 3.400.000 kWh: Sie schlossen einen weiteren Strombezug bei dem Atomkraftwerksbetreiber Electrabel nicht klar und unmissverständlich aus. Vielmehr wollten Sie Ihre Auswahl des Stromlieferanten zu 90% vom Preis und zu 10% von der Klimarelevanz abhängig machen. Im GE vom 23. März 2007 wurde nun die Sorge der VIVANT- Fraktion insofern bestätigt, als Die Regierung sich weiterhin für eine Zusammenarbeit mit Electrabel entschieden hat. Selbst wenn die CNR (Compagnie Nationale du Rhône) 100% grünen Strom produziert, Electrabel ist die

allerschlechteste Adresse und Ihre weitere Zusammenarbeit mit dieser Firma ist somit sozusagen ein Pakt mit dem Teufel: Electrabel = Tractabel = Neue Atomkraftwerke in Frankreich = z.B. ökologisch zerstörerische Stauseeprojekte in Brasilien = in der Gesamtbilanz Klimazerstörung! Diesbezüglich verweise ich auf die Beurteilung der verschiedenen Stromanbieter in Belgien durch die Umweltorganisation Greenpeace, bei welcher Electrabel die bei weitem schlechteste Beurteilung erhielt.

In einem ausführlichen GE-Bericht haben Sie, werte Kolleginnen und Kollegen der Mehrheitsfraktionen vor wenigen Tagen, in einmütiger Zufriedenheit, eine positive Bilanz ihrer eigenen Arbeit nach 21/2 Jahren gezogen, und sie haben diese Zufriedenheit sogar in einer aufwendigen Broschüre kundgetan. Das ist ihr Recht, dieses Recht kann aber auch sehr leicht zum Missbrauch verleiten. Unter den 271 Projekten des Infrastrukturplanes 2005-2006 befindet sich z.B. meines Wissens kein einziges Projekt aus dem Bereich Energieeffizienzsteigerung und Ausbau der EE. Darauf braucht die Mehrheit nicht stolz zu sein. Auch die geplanten, Millionen schweren Investitionen in Projekte die nicht unbedingt notwendig sind, werden, dessen sollten Sie sich bewusst sein, vor der nächsten Generation keine Gnade finden.

Wir gehen nun alle davon aus, dass sich unter den 83 angekündigten Projekten des Infrastrukturplanes 2007-2009, wie von der Regierung bereits mehrfach angekündigt, eine Fülle an Maßnahmen zum Schutz des Klimas befinden wird.

Zu den notwendigen Schritten hat die VIVANT- Fraktion schon seit Beginn der Legislaturperiode in 2004 in vielen Stellungnahmen konkrete Maßnahmen gefordert. Zur

Wiederholung in Stichworten unsere Forderung an die Mehrheit dieses Parlamentes und an die Regierung:

1. Zuallererst eine vorbildliche Handlungsweise des Parlamentes, der Regierung, des Ministerium, der Kommunen, der Schulen, der Krankenhäuser, der Gemeinschaftszentren und aller subventionierten Vereinigungen, Gesellschaften und Organisationen in Bezug auf Energieeinsparungen und Prioritäten bei den Investitionen.

2. Die intensive Aufklärung und Unterstützung der Menschen und der Betriebe in der DG bezüglich der Nutzung aller Möglichkeiten und technischen Entwicklungen im Bereich der REN und der verschiedenen Formen der EE.

3. Und schließlich Lobbyarbeit durch die Regierung bei den jeweiligen übergeordneten politischen Entscheidungsebenen in Belgien. Es war vor allem diese Forderung, welche Sie, Herr Lambertz, immer wieder veranlasst hat, der VIVANT-Fraktion die verschiedensten Fehlleistungen vorzuhalten, von skurrilen Ansichten bis hin zur Anstiftung zum Verfassungsbruch. Dabei ist es die Aufgabe eines Ministers, gefährliche Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und dann Schaden von den Menschen abzuhalten, für die er Verantwortung übernommen hat. Und wenn er nicht selber zuständig ist für die Materie, dann muss er eben Lobbyarbeit bei den zuständigen Entscheidungsträgern durchführen.

Insgesamt muss bei der Klimaproblematik, nach unserer Auffassung, ein umfassendes Um- Denken stattfinden. Wir müssen wegkommen von der Strategie des Wachstums um jeden Preis, weil das Wachstum heute auf Kosten der Ressourcen und der Umwelt geschieht und von daher den

Menschen nicht dient sondern ihnen schadet. Der Wachstumspolitik liegt aber ein regelrechter Wachstumszwang zu Grunde, weil der Staat seinen Haushalt nur bei wachsender Wirtschaft und also größeren Steuereinnahmen zu schnüren im Stande ist. Dem Staat geht automatisch ein großer Teil seiner Steuereinnahmen durch die Schuldenbedienung an die privaten Banken wieder verloren. Ursächlich für die Wachstumsmisere ist mit anderen Worten unser Geldsystem. Über unsere Grenzen hinaus hängen Umweltzerstörung und Klimaschädigung riesigen Ausmaßes auch mit der Armut der Bevölkerung in vielen Ländern der Erde zusammen: In allen Ländern steht der Armut der Massen ein exorbitanter Profit und Reichtum einiger Weniger gegenüber.

In einem bemerkenswerten Buch "Plan B 2.0 – Mobilmachung zur Rettung der Zivilisation" hat Lester R. Brown die aktuelle Situation unseres Planeten sehr detailliert analysiert. Bevölkerungsexplosion und Explosion der Nutztierbestände, Überweidung und Überkultivierung der Böden mit dramatischer Zunahme der Versteppung und der Wüstenbildung, Überfischung der Meere, nicht nachhaltiger Verbrauch der Wälder und der Wasserreserven, Artensterben in nie gekanntem Ausmaß, all das sind Tatbestände die unsere Zivilisation ins Verderben führen werden. Für all das finden sich die gleichen Ursachen: Große Armut der Meisten und rücksichtslose Habgier einiger Weniger. Wir müssen also im sprichwörtlichen Sinne radikal umsteuern, radix, d.h. von der Wurzel her verändern, wir müssen die Ursachen beseitigen, wenn wir überleben wollen!

Bezogen auf Belgien und auf die DG bedeutet Lobbyarbeit für das Klima, die Forderung von gesetzlichen Bestimmungen, welche die Natur des Menschen berücksichtigen: Ein ganz

zentraler Punkt ist die progressive Erhöhung des Energiepreises durch eine entsprechende Besteuerung. Nur so kann eine REN, also Energieeinsparung und Effizienzsteigerung durch die Menschen und die Betriebe erreicht werden. Der soziale Ausgleich dieser Maßnahme kann und sollte über die Auszahlung eines Energieschecks an alle Haushalte erfolgen. Für die Unternehmen wären höhere Energiesteuern dann tragbar und sinnvoll, wenn die Sozialen Lasten durch die höheren Energiesteuereinnahmen bezahlt würden und wenn die Unternehmen gleichzeitig ihre Ausgaben für Energie durch REN senken.

Eine weitere, die menschliche Natur berücksichtigende Maßnahme ist die gesetzliche Regelung im EEG in Deutschland: Die kostendeckende Einspeisevergütung für erneuerbaren Strom, welcher von privaten Installationen, z.B. Windparks oder Biogasanlagen, in das Netz eingespeist wird. Dieses Gesetz hat die Investitionen privater Anleger in Deutschland in die EE vervielfältigt.

Und ein letzter Punkt.

Das Machtmonopol der konventionellen Energiewirtschaft muss beendet werden! Wie stark diese Lobby ist, erkennt man unschwer an den jüngsten Zugeständnissen der EU für die Atomkraftwerksbetreiber in Frankreich und für die Kohlenutzung in Polen. Auch das Beispiel der Biodieselproduktion in Belgien ist typisch für den Einfluss der konventionellen Energiewirtschaft: Demnächst soll in Belgien an allen Tankstellen Biodiesel angeboten werden: Die Biodieselhersteller dürfen in Belgien für die aufwendige Herstellung von Biodiesel das Pflanzenöl billig in Übersee einkaufen, die belgischen Landwirte, welche reines Pflanzenöl als Treibstoff herstellen möchten, dürfen das nicht, wenn ihre eigene Produktion nicht ausreicht – ganz zu schweigen von den vielfältigen administrativen Behinderungen in Belgien

gegen die reine Pflanzenölschiene. Auch die immer noch bestehende Steuerfreiheit für Flugsprit und Schiffsdiesel kann sicher der gleichen Lobby zugeschrieben werden.

Ich fasse zusammen:

- Der Klimawandel ist bereits im Gange und verschlimmert sich laufend. Trotzdem will die konventionelle Energiewirtschaft im Wesentlichen weiter machen wie bisher, denn die konventionellen Techniken bringen ihr Gewinne in Milliardenhöhe.
- Der Klimaschutz und die Rettung der Lebensräume dieser Erde erfordern aber eine ganz neue Strategie, und zwar den Wechsel von der zentralisierten, atomar-fossilen Energiebereitstellung hin zur dezentralen, solaren erneuerbaren Energiewirtschaft.
- Erneuerbare Energien bewirken regionalen Wohlstand: Auch deshalb ist es unverständlich, warum die Politik weiterhin auf die zentralisierte atomar- fossile Energieversorgung setzen will. Es gilt der Slogan:
Lieber Wohlstand durch Erneuerbare Energien, als Klimazerstörung durch Atomenergie!
- Die Politik muss sich also vom Einfluss der Energielobby und der befangenen Minister in ihren Reihen befreien.
- Damit der notwendige finanzielle Spielraum für diesen grundlegende Strukturwechsel in der Energieversorgung vorhanden ist, müssen die politischen Entscheidungsträger auch die Schuldgeldpolitik beenden: Das bedeutet, dass nicht mehr wie bisher die privaten Geschäftsbanken, sondern dass die Staaten wieder die volle Geldhoheit ausüben müssen.
- Man kann mit Fug und Recht davon ausgehen, dass es keinen effektiven und rechtzeitigen weltweiten

Klimaschutz geben wird, ohne rechtzeitige und effektive
Geldreform!

Joseph Meyer